Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 87 (1996)

Heft: 12

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politik und Gesellschaft
Politique et société

Kantone wollen Wirkung von «Energie 2000» verstärken

(kke) Gemäss Energiedirektorenkonferenz (EnDK) sind in der 2. Halbzeit von «Energie 2000» die Vertiefung und Multiplikation von bisher eingeleiteten energiepolitischen Massnahmen gefragt. Die EnDK verabschiedete am 19. April ein entsprechendes «Programm der Kantone» mit strategischen Vorgaben und konkreten Massnahmen zur Stärkung von «Energie 2000». Auch Bundesrat Leuenberger will «Energie 2000» ebenfalls auf Bundesebene weiter stärken.

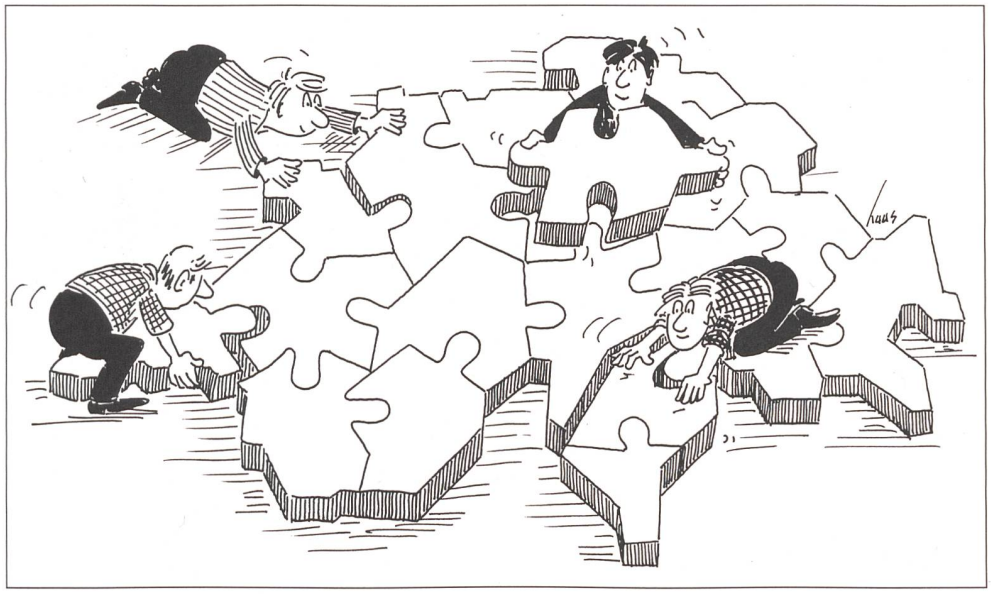
Das von der EnDK anlässlich ihrer Frühjahrstagung verabschiedete «Programm der Kantone» ist das Ergebnis einer Umfrage, die bei allen Energiedirektorinnen und Energiedirektoren durchgeführt worden ist. Das Programm enthält strategische Leitlinien und Massnahmen, auf die sich die Kantone im Sinne eines «Gentlemen's Agreement» geeinigt haben. Weiter erhebt die EnDK auch Forderungen an den Bund.

Bewährtes vertiefen und multiplizieren

Ihre Hauptaufgabe für die 2. Halbzeit von «Energie 2000» sehen die Kantone in der Vertiefung und Multiplikation von energiepolitischen Massnahmen, die in der 1. Halbzeit erfolgreich eingeleitet worden sind. Projekte, Aktionen und Programme, die in einzelnen Kantonen erfolgreich realisiert wurden, sollen nach Möglichkeit auch von anderen Kantonen übernommen werden. Im Vordergrund stehen hier Massnahmen zur rationellen Energie- und Elektrizitätsverwendung in Gebäuden und im Verkehr sowie die Realisierung des Verursacherprinzips. Im weiteren wollen die Kantone den Vollzug intensivieren und die kantonale Energiepolitik einer systematischeren Erfolgskontrolle unterziehen.

Forderungen an den Bund

Ausser Selbstverpflichtungen enthält das Programm der Kantone aber auch eine Reihe konkreter Forderungen an den Bund. Die EnDK verlangt, dass die Zusammenarbeit für die zweite Hälfte von «Energie 2000» auf eine neue, klarere Grundlage zu stellen sei. In diesem Zusammenhang drängen die Kantone auf eine baldige Verabschiedung des neuen Energiegesetzes. Mit Blick über das Jahr 2000 hinaus verlangt die EnDK vom Bund, dass bis 1998 in Zusammenarbeit mit den Kantonen ein energiepolitisches Anschlussprogramm «Energie 2000+» erarbeitet wird. Gleichzeitig müssen auch die Grundlagen für eine neue schweizerische Elektrizitätspolitik ab dem Jahre 2000 festgelegt werden. Die EnDK spricht sich sodann für die Unterbreitung eines CO_2-



Energiedirektoren: Erfolgreiche Projekte, Aktionen und Programme sollen auch von anderen Kantonen übernommen werden.

Der Blitzableiter

Interpretationen

(aves) Im Zusammenhang mit dem Unglück vor 10 Jahren in Tschernobyl hat am 26. April 1996 Bundesrat Leuenberger in einem Radiointerview Äusserungen gemacht, die nicht unkommentiert bleiben dürfen. So hat er behauptet, dass der spätere Ersatz von bestehenden Kernkraftwerkanlagen (z. B. Mühleberg und Beznau in etwa 20 Jahren) nicht im Sinne der Moratoriumsinitiative liege.

Die vom Volk 1990 angenommene Moratoriumsinitiative untersagt für die Dauer von 10 Jahren (also bis ins Jahr 2000) die Erteilung von Rahmen-, Bau-, Inbetriebnahme- oder Betriebsbewilligungen für neue Einrichtungen zur Erzeugung von Atomenergie. Gleichzeitig hat das Volk aber die Initiative für einen Ausstieg aus der Kernenergie abgelehnt, wonach in der Schweiz keine weiteren Anlagen zur Erzeugung von Atomenergie in Betrieb genommen und bestehende Anlagen nicht erneuert werden dürfen. Die Ablehnung dieser Initiative durch das Volk bedeutet somit explizit, dass bestehende Kernkraftwerke ersetzt bzw. erneuert werden dürfen. Dieser Volksentscheid belässt Bundesrat Leuenberger keinen Interpretationsspielraum.

B. Frankl

Aus dem Referat von Bundesrat Leuenberger vom 19.4.1996:
Extrait du discours du conseiller fédéral Leuenberger:

Initiative énergie et environnement et initiative solaire

«*L'initiative solaire* veut prélever un ‹centime solaire› pour pouvoir financer la politique énergétique. Cette idée m'est tout à fait sympathique. Parce que nous pourrions très bien utiliser des moyens financiers plus importants pour notre politique au niveau fédéral et cantonal. Nous pensons, cependant, qu'un milliard de francs, prévus par l'initiative, est une somme trop élevée, et que la condition d'attribuer au moins 50% de ces moyens à l'énergie solaire rend l'initiative trop peu flexible. C'est pour cela que nous sommes en train d'examiner un contre-projet, proposant moins de moyens et étendant les possibilités de soutien à l'utilisation rationnelle de l'énergie, comme vous, les cantons, l'avez souhaité dans la consultation sur notre loi énergétique.»

* * *

«Damit komme ich zur *Energie-Umwelt-Initiative*: sehr ambitiös. Aus rein energiepolitischer Sicht wäre sie zu unterstützen. Abgabe auf Wasserkraft wäre komplementär (also nicht anstelle oder zusätzlich) zur Wasserzinserhöhung. Indirekter Gegenvorschlag des Bundesrates ist CO_2-Gesetz. Muss aber Zähne haben. Arbeiten sind im Gang. Botschaft noch dieses Jahr an den Bundesrat. Wie auch für die beiden Initiativen.»

Gesetzes als Gegenvorschlag zur Energie-Umwelt-Initiative aus. Hierbei müsse jedoch der in der Vernehmlassung zum ersten Entwurf für ein CO_2-Gesetz vorgebrachten Kritik Rechnung getragen werden.

Bundesrat Leuenberger legt Grundlinien seiner Energiepolitik dar

In seinem Referat benutzte Bundesrat Leuenberger die Gelegenheit, den Kantonen die Grundlinien seiner Energiepolitik darzulegen. Bundesrat, Parlament und Souverän werden in den nächsten Jahren die Gelegenheit haben, die energiepolitischen Rahmenbedingungen mit dem Energiegesetz, dem CO_2-Gesetz, der Energie-Umwelt-Initiative und der Solarinitiative langfristig festzulegen. Das Aktionsprogramm «Energie 2000» müsse in der 2. Halbzeit auf allen Ebenen verstärkt und erweitert werden, damit die notwendige Breitenwirkung ausgelöst und vor allem die langfristigen Ziele erreicht werden können. Bundesrat Leuenberger begrüsste die Initiativen und Programme der Kantone zur Stärkung von «Energie 2000». Er betonte die steigende Bedeutung des Programms zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den Bereichen rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien, zur Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz in diesen zukunftsorientierten Branchen und zur Intensivierung der Umwelt- und Klimapolitik.

In seinem energiepolitischen Ausblick stellte Bundesrat Leuenberger aufgrund der Klimaproblematik und der langfristigen Unsicherheiten bei der schweizerischen Elektrizitätsversorgung ein neues Programm für die Zeit nach 2000 in Aussicht. Darin müssen die Stossrichtung der rationellen Energieverwendung und der Förderung erneuerbarer Energien beibehalten, die langfristigen Ziele und die Anstrengungen aber weiter verstärkt werden. In einem breitangelegten Dialog, welcher noch dieses Jahr beginnen soll, sollen die Grundzüge dieser langfristigen Energie- und vor allem Elektrizitätspolitik und des neuen Programms festgelegt werden.

Zwilag: zweite öffentliche Auflage abgeschlossen

Die zweite öffentliche Auflage im Verfahren um Erteilung der Bau- und Betriebsbewilligung für das Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen (ZZL) ist am 22. April 1996 zu Ende gegangen. Insgesamt wurden elf Einsprachen eingereicht. Der Bundesrat wird voraussichtlich Mitte Jahr über das hängige Gesuch und die Einsprachen entscheiden.

G-7-Gipfel: «Tschernobyl stillegen – Zukunft für Kernenergie»

(p) Zum 10. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl bekräftigten Russland und die sieben führenden Industrienationen (G-7) unter anderem die Absicht, das KKW bis zum Jahr 2000 zu schliessen. Über die Finanzierung dieser Forderung wurde nichts beschlossen. Die wichtigsten Staaten der Welt bekräftigten unter Protest von Umweltorganisationen hingegen, dass die Kernenergie auch im nächsten Jahrhundert eine wichtige Rolle bei der Deckung des künftigen Weltenergiebedarfs spiele. Dabei müsse die Sicherheit Vorrang vor allen anderen Überlegungen haben.

Neue Initiativen

Für die Initiativen der Grünen Partei der Schweiz «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» und «Für eine gesicherte AHV Energie statt Arbeit besteuern» sind je fast 120 000 Unterschriften gesammelt und am 22. Mai eingereicht worden.

Weltölverbrauch weiter ansteigend

(d) Der Erdölverbrauch ist 1995 weltweit um ein Prozent auf 3,3 Mrd. Tonnen gestiegen. Die USA bleiben trotz eines Rückgangs um 0,4% auf 790 Mio. Tonnen der grösste Ölverbraucher. Es folgten die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit einem Plus von 1,2% auf 288 Mio. Tonnen und Japan, das einen Rückgang um 0,5% auf 265 Mio. Tonnen verzeichnete. Deutschland nimmt mit einem leichten Minus von 0,1% auf 135 Mio. Tonnen den vierten Rang ein. Auf Rang fünf folgt bereits China mit einem Zuwachs von 4,7% auf 134 Mio. Tonnen.

Bundesamt für Wasserwirtschaft in Biel

(efch) Bundesrat Moritz Leuenberger hat in der Bieler Seevorstadt den Verwaltungsneubau des Bundesamtes für Wasserwirtschaft (BWW) eingeweiht.

Am 18. März 1992 genehmigten die eidgenössischen Räte die Baubotschaft zur Dezentralisierung der Bundesämter für Statistik, Wohnungswesen und Wasserwirtschaft. Dem BWW wurde als neuer Arbeitsort die zweisprachige Stadt Biel zugewiesen. Für die Realisierung eines neuen Verwaltungsgebäudes unweit des Bielersees wurde ein Kredit von 17,07 Millionen Franken bewilligt.

Das BWW bearbeitet mit 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die dem Bund zugewiesenen wasserwirtschaftlichen Aufgaben der Sachgebiete Wasserkraftnutzung, Stauanlagensicherheit, Hochwasserschutz, Abflussregulierung und Rheinschiffahrt mitsamt dem zugehörigen Wasserrecht.